



MEDIENMITTEILUNG 4/2016

„Übertreibungen bei flankierenden Massnahmen korrigieren“

Basel/Zürich, 30.6.2016. Politik- und Wirtschaftsvertreter trafen sich beim ersten Frühsommerapéro von Arbeitgeber Banken im Zürcher Hotel Baur au Lac. Avenir Suisse-Direktor Peter Grünenfelder wusste mit prononcierten Voten zu überzeugen. In der anschliessenden Diskussion mit den beiden Ständeräten Daniel Jositsch und Ruedi Noser herrschte Einigkeit, dass die Schweiz nach dem Brexit keine Zeit verlieren darf und für die Unternehmen in der Schweiz möglichst rasch Planungs- und Rechtssicherheit geschaffen werden soll.

Avenir Suisse-Direktor Peter Grünenfelder wartete in seinem Referat mit beeindruckenden Zahlen und Fakten sowie prononcierten Thesen zum Schweizer Arbeitsmarkt auf. „Der Anteil der Gesamtarbeits- und Normalarbeitsverträgen unterstellten Arbeitnehmenden hat sich zwischen 1999 mit 11,5 Prozent verdoppelt zu 23 Prozent im 2015“, erklärte er. „Mit Blick auf den Arbeitsmarkt sind die Übertreibungen bei den flankierenden Massnahmen deshalb zu korrigieren. Der Ausbau des kollektivistischen Arbeitsrechts mittels Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Gesamtarbeitsverträge sowie die darin enthaltenen Mindestlöhne widersprechen klar liberalen Grundprinzipien und sind entschieden zu bekämpfen.“

Regulatorisches Umfeld muss Finanzplatz stärken

In der anschliessenden Podiumsdiskussion mit den beiden Zürcher Ständeräten Daniel Jositsch und Ruedi Noser war allen klar: Es muss gelingen, dass der Schweizer Finanzplatz auch künftig ein attraktiver Arbeitgeber ist und im internationalen Wettbewerb mithalten kann. Deshalb ist wichtig, dass ein regulatorisches Umfeld besteht, sodass eine möglichst gute und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht. Dazu gehören Planungs- und Rechtssicherheit für unsere Unternehmen.

„Mit Fokus auf den Brexit, den jüngsten Entscheid des Vereinigten Königreichs zum Austritt aus der EU, steht der Schweizer Arbeitsmarkt vor einer scheinbar besseren Situation als der Finanzplatz London“, sagt Barend Fruithof, Präsident von Arbeitgeber Banken. „Da die Schweiz bis zum 9. Februar 2017 die Masseneinwanderungsinitiative umsetzen muss, ist dieser Vorteil jedoch trügerisch. Höchstes Ziel für Arbeitgeber Banken ist der Erhalt der Bilateralen sowie eine grösstmögliche Flexibilität im Bezug auf die Rekrutierung, denn die Banken sind, wie vom Seco bescheinigt, ebenso stark vom Fachkräftemangel betroffen wie andere Branchen.“

Arbeitgeber Banken bekämpft AHVplus-Initiative

In seiner vorgängigen Sitzung brachte der Vorstand von Arbeitgeber Banken klar zum Ausdruck, dass der Verband die schädliche AHVplus-Initiative entschieden ablehnt. Die Erhöhung des Leistungsniveaus liegt völlig quer in der Landschaft, zumal sich die AHV bereits in finanzieller Schieflage befindet. Dies wird sich aufgrund der demografischen Entwicklung noch weiter zuspitzen,

weshalb die Sanierung der AHV eine der grössten Herausforderungen der kommenden Jahre sein wird. In dieser Situation einen Ausbau der Leistungen zu fordern, ist grotesk.

Über Arbeitgeber Banken

Arbeitgeber Banken repräsentiert alle Bankengruppen in allen Landesteilen, vertritt deren Arbeitgeberinteressen und setzt sich für attraktive und konkurrenzfähige Rahmenbedingungen des Schweizer Finanzplatzes ein. Als Träger des Gesamtarbeitsvertrags der Bankbranche sichert der Verband den sozialen Arbeitsfrieden. Arbeitgeber Banken ist Mitglied des Schweizerischen Arbeitgeberverbands (SAV).

www.arbeitgeber-banken.ch

Kontakt:

Dr. Balz Stüeckelberger, Geschäftsführer, Leiter Recht und Sozialpartnerschaft,
balz.stueckelberger@arbeitgeber-banken.ch, Tel. 079 628 20 28

Pia Guggenbühl, stv. Geschäftsführerin, Leiterin Kommunikation und Public Affairs,
pia.guggenbuehl@arbeitgeber-banken.ch, Tel. 079 566 60 10